



Für die Wiederaufnahme der Tarifverhandlungen zwischen Gewerkschaften und der Tarifgemeinschaft deutscher Länder, zur

„Neugestaltung des Tarifrechts Öffentlicher Dienst“ gingen gestern Landesbedienstete auf die Straße. Foto: hbz/Michael Bahr

## „Landesweit Feuer des Protestes“

Verdi, GEW und GdP riefen Landesbeschäftigte zu Warnstreiks auf/Kundgebung vor dem Schloss

Von  
Armin Gemmer

Worms, Kaiserslautern, Ludwigshafen, Koblenz, Trier – im ganzen Land sollen die Feuer des Protestes aufflammen, so lautete die scharf formulierte Ankündigung des Verdi-Vorsitzenden Uwe Klemens gegenüber den streikenden Landesbeschäftigten.

Die vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (Verdi), die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und die Gewerkschaft der Polizei (GdP) haben gestern und heute zu landesweiten Warnstreiks im öffentlichen Dienst aufgerufen. Zur Kundgebung in der

Landeshauptstadt trafen sich gestern etwa 250 Landesbeschäftigte auf dem Ernst-Ludwig-Platz vor dem Schloss.

Das Ziel der Streikenden ist die Wiederaufnahme der Tarifverhandlungen zwischen den Gewerkschaften und der Tarifgemeinschaft deutscher Länder, zur „Neugestaltung des Tarifrechts Öffentlicher Dienst“ (TVöD). Diese waren am 25. April ergebnislos abgebrochen worden.

Ein wesentlicher Streitpunkt war dabei die Arbeitszeit. Während die Gewerkschaften die Regelarbeitszeit von 38,5 Stunden pro Woche beibehalten wollten, verlangten die Länder Öffnungsklauseln und

Sonderkündigungsregelungen, wie sie bei den Abschlüssen mit dem Bund und den Kommunen bereits vereinbart worden waren. Dort hatten die Gewerkschaften im Februar einer umfassenden Reform des TVöD zugestimmt.

Der Widerstand gegen die Verlängerung der Arbeitszeit und die Kürzungen bei Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld, das waren auch die wesentlichen Themen der Kundgebung. „Weniger Einkommen und Urlaubsgeld für Neueingestellte, die die gleiche Arbeit machen, das ist nicht hinnehmbar“, sagte Klemens.

Der GEW-Vorsitzende Tillmann Boehlkau bemängelte,

dass die Länder bereits heute Lehrkräfte ohne tariflich geregelte Arbeitsverhältnisse beschäftigen. „Wenn das Land nicht einlenkt, sind Streiks auch im Schuldienst nicht auszuschließen.“ Polizeigewerkschaftler Hans-Werner Gabler befürchtet gar einen tariffreien Raum bei den Polizeibehörden der einzelnen Länder. Er bezeichnete es als „kaum hinnehmbar, dass Kollegen aus armen Bundesländern weniger verdienen sollen, als diejenigen aus den reichen Ländern“. Außerdem sei ihm nicht klar, „warum neu eingestellte Polizisten sich für weniger Geld verprügeln lassen sollen“, so Gabler.